Noch zu wenig

Die DDR-Führung läßt Friedensdemonstranten gewähren, wendet sich aber gegen westliche Einflüsse.

Sorgfältige Kontrollen im S-Bahnhof Berlin-Friedrichstraße: Die DDR-Grenzer sortieren, am letzten Juni-Sonntag, westliche Friedensfreunde aus der Schlange der Einreisenden. Sie werden fündig: Der Schriftsteller Robert Jungk, ein Hamburger Journalist, zwei West-Berliner Jugendliche dürfen Ost-Berlin nicht betreten.

Dort geschieht wenig später Unerhörtes. Auf dem Gelände der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg versammeln sich etwa 3000 junge DDR-Bürger und proben Meinungsfreiheit. Sie sprechen, wie am 13. Februar in Dresden, über Frieden und darüber, daß „Freiheit nicht nur ein Wort" ist. Sie singen auch öffentlich-offen über ihr Land:

Weil es noch zu wenig sind,
die die Zeit sich nehmen,
leben Menschen ohne Träume in dieser Zeit.
Träumen wollen alle Menschen,
Brot allein ist nicht genug.
Weil es noch zu wenig sind,
die die Fesseln lösen,
leben Menschen ohne Freiheit
in diesem Staat.
Frei sein wollen alle Menschen,
Brot allein ist nicht genug.

Der DDR-Schriftsteller Stefan Heym fordert TV-Live-Reportagen über den Abbau von Atomraketen in Ost und West. Mit ihrer Unterschrift verlangen Wehrpflichtige einen „Sozialen Friedensdienst" ohne Waffen. In einer „Friedenswerkstatt" wird mit Handstempeln das Abrüstungs-Symbol „Schwerter zu Pflugscharen" auf Filz geprägt, werden Postkarten mit Antikriegstexten verkauft.

Der immer aufmerksame Staatssicherheitsdienst läßt nur die Drucker nicht gewähren: Höflich per Telephon richtet die Behörde im Kirchenamt aus, die Produktion der seit Monaten umstrittenen Aufnäher sei illegal. Weiter nichts.

In der Umgebung der Erlöserkirche parken auffällig viele DDR-Limousinen, besetzt mit jeweils zwei auffällig konturlosen Herren; und nebenan, durch die beiden einzigen frischgeputzten Fenster einer Berufsschule, lugen Kameras und Objektive – bis die Friedenstreiber sich wehren: Sie verstellen die Fenster mit einem neugemalten Transparent, Aufschrift: „Fotos für den Frieden".

Ost-Berliner „Friedenswerkstatt": „Menschen ohne Freiheit"

Die Staatsmacht, die nach dem Dresdner Friedenstreffen im Februar die „Pflugschar"-Etikettenträger noch verfolgt und gemaßregelt hatte, griff diesmal nicht ein, kirchliche Demonstrationen werden vorerst geduldet.

In Eisenach machte der Oberkirchenrat Dietrich von Frommanshausen auf einem „Jugendsonntag" am 13. Juni vor 10 000 Protestanten klar, wer das Zeichen „Schwerter zu Pflugscharen" angreife, greife die Kirche selbst an. In Burg bei Magdeburg trafen sich 2000, in Potsdam eine Woche später 3500 junge Christen, um für Frieden und Abrüstung einzutreten.

DDR-Antikriegspostkarte
„Freiheit ist nicht nur ein Wort"

Angesichts des Zulaufs zu solchen Versammlungen schaltete die SED-Führung um. Sie hat, so scheint es, gelernt, daß Konfrontation nicht immer etwas bringt, Mitmachen besser sein kann.

In der ganzen Ost-Republik müssen sich jetzt Tausende auf staatlich organisierten Kundgebungen zu einem aus dem Westen entlehnten Slogan bekennen: „Gegen Nato-Waffen Frieden schaffen." Um den Pflichtdemonstranten diese Variante von Pazifismus schmackhaft zu machen, erhalten sie – so beim VEB Energiekombinat Dresden – einen freien Tag oder, wie im Kreis Grossenhain (Sachsen), zehn Mark-Ost in bar.

Zum Ost-Berliner Friedensforum wurde von Amts wegen Carl Ordnung, Funktionär des kommunistisch gesteuerten Weltfriedensrates, entsandt. In Ordnung, Mitglied der CDU-Ost, war die neue Doppelstrategie der DDR-Führung gegenüber den Friedens- und Abrüstungswilligen zu erkennen: Der wahre Friedensauftrag werde zwar von der „sozialistischen Armee" erfüllt; aber „das gemeinsame Streben von Marxisten, Christen und Pazifisten" müsse da nicht schaden – Töne, mit denen das Politbüromitglied Kurt Hager im Juni den SED-Schwenk zu mehr Toleranz angedeutet hatte.

Die freilich findet Grenzen an der Grenze. Voller Mißtrauen verfolgen Einheitssozialisten, Kirchenführer und Stasi-Aufpasser alle Versuche von Friedensfreunden aus Ost und West, sich gegenseitig mit Wort oder gar Tat auszuhelfen.

Vorerst sind es nur ein paar Einzelkämpfer, die sich daranmachen, den

Staatliche Friedenskundgebung (in Ost-Berlin): Zehn Mark für die Teilnahme

Traum von der deutsch-deutschen Massenbewegung in die Tat umzusetzen. So trafen sich am vorvergangenen Wochenende in West-Berlin 50 Angehörige verschiedener linker westdeutscher Gruppen, die im gesamtdeutschen Geist für den 12. September eine „Großdemonstration" in West *und* Ost planen.

Motto der Patrioten, die ihre Ideen durch Emissäre noch am gleichen Tag in einen DDR-Jugendklub am Prenzlauer Berg tragen ließen: „Es ist etwas in Bewegung gekommen im geteilten Deutschland."

Die Art der Bewegung erläutert ein zehnseitiges „Manifest" mit wirren nationalen und sozialistischen Thesen, das die „Arbeiterorganisationen" an ihre „Macht" erinnert und mit einem Forderungskatalog schließt: für das Recht auf freie Reise, für die Freiheit der politischen Gefangenen, für unabhängige Gewerkschaften in der DDR, für das Recht des deutschen Volkes, über sein Schicksal zu entscheiden.

Noch haben die Initiatoren dazu das Volk nicht befragt, allenfalls mit sich selbst diskutiert – in einem sogenannten Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West – in ganz Deutschland.

Der Verein, in Düsseldorf beheimatet, von der Sozialdemokratin Carla Boulboullée geleitet und von dem Bochumer Theologieprofessor Günter Brakelmann gefördert, hat in der Verteidigung von Freiheiten spezielle Erfahrungen. 1976 lud er den DDR-Protestsänger Wolf Biermann zu einer Konzertveranstaltung nach Köln; Biermann durfte hinterher nicht mehr in die DDR zurück.

Komitee-Mitstreiterin Annette Bahner geriet 1979 mit dem Stasi in Konflikt und saß einige Monate in DDR-Haft; Mitglied Uwe Trieschmann wurde, nachdem er im Januar 1982 in Karl-Marx-Stadt DDR-Friedensfreunde zur Mitarbeit werben wollte, zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, nach Intervention der Bundesregierung aber im Mai entlassen.

Im Untersuchungsgefängnis Karl-Marx-Stadt erwies sich der Stasi bei den Verhören des Häftlings über alle Aktionen und Flugblätter des Komitees als wohlinformiert. Mit welch schlichten Glaubenssätzen Trieschmann und seine Gesinnungsfreunde sich und andere gefährden, zeigt eine These ihres „Berliner Manifests".

Dort heißt es: „Das arbeitende Volk in beiden Teilen Deutschlands setzt seine Hoffnungen in die SPD und die Gewerkschaften des DGB."

BAU-INDUSTRIE

Zweierlei Maß

Der Einstieg des zweitgrößten deutschen Bau-Unternehmens, der Essener Hochtief AG, beim Branchenführer Holzmann soll rückgängig gemacht werden.

Wilfried Guth, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, verbarg den Groll nicht, den er gegen zwei Standeskollegen hegt.

Der eine, Commerzbank-Chef Walter Seipp, bekam durch Gesten zu spüren, was Guth von ihm hält. Ganz gegen die üblichen Höflichkeitsregeln schritt der beim Jahrestreffen der Siemens-Manager mit ihren Hausbankern gruß- und wortlos an dem Kollegen von der Commerzbank vorbei.

Dem anderen, Friedel Neuber, Vorstands-Chef der Westdeutschen Landesbank (WestLB), tat Guth seinen Unwillen schriftlich kund. Er könne in der Transaktion keinen wirtschaftlichen Sinn erkennen, kritisierte Guth ein Aktiengeschäft, das die beiden Kollegen von der Konkurrenz im November vergangenen Jahres gefingert hatten.

Guth hat es bis heute nicht verwunden, daß WestLB-Chef Neuber in einer Blitzaktion der Commerzbank ein 25-prozentiges Aktienpaket des Frankfurter Baukonzerns Philipp Holzmann verkaufte. An diesen Aktien war Guths Deutsche Bank interessiert. Noch ärgerlicher für Guth war, daß Erwerber Seipp gegen Provision 20 Prozent Holzmann-Aktien sogleich an einen Dritten weiterreichte, an die Essener Hochtief AG.

Für den Verkäufer Neuber und den Vermittler Seipp war das schnelle Geschäft vor Jahresultimo „ein warmer Regen" (Neuber). Sie konnten damit noch schnell ihre schlechten Bilanzen aufbessern.

Wilfried Guth fühlte sich ausgetrickst und läßt seither nichts unversucht, den Handel rückgängig zu machen. Die Manager der Deutschen Bank gebieten über 35 Prozent an Holzmann, Europas größtem Baukonzern. Sie hatten die Kollegen von der WestLB schon vor dem Aktienverkauf wissen lassen, daß sie gemeinsam mit anderen Partnern das WestLB-Paket gern erwerben wollten.

Daß die Hochtief-Manager, die das zweitgrößte deutsche Bauunternehmen führen, mit Hilfe der WestLB und der Commerzbank beim ersten einsteigen konnten, hatten sich Guth und Kollegen allerdings zu einem guten Teil selbst zuzuschreiben. Erst wenige Monate vor dem Verkauf der Aktien hatte Holzmann-Aufsichtsratschef Guth in einem äußerst diskret durchgeführten Coup dem Branchenführer geholfen, seine Führungsrolle auszubauen.

Auf Vermittlung der Deutschen Bank war Holzmann im Sommer 1981 an ein